

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Varelmann, Erpenbeck,
Franke (Osnabrück), Dr. Huys, Dr. Ritz
und Genossen

betr. **regionale Wirtschaftsförderung**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. In welchem Ausmaß wurde das regionale Förderungsprogramm der Bundesregierung in den vergangenen Jahren durch eigene Programme finanzstarker Länder und steuerkräftige Städte gestört und lassen sich solche Sonderprogramme mit dem Grundsatz vereinbaren, im gesamten Bundesgebiet möglichst gleichmäßige Lebensverhältnisse und harmonisches Wirtschaftswachstum zu schaffen und zu erhalten?
2. Hält es die Bundesregierung für vertretbar, öffentliche Aufträge an Unternehmen in Ballungszentren der Wirtschaft zu vergeben, die dafür ausländische Arbeitskräfte einstellen müssen, während Firmen in den wirtschaftsschwächeren Räumen und in den Zonenrandgebieten diese Aufträge bei vergleichbaren Preisen und Qualitäten mit deutschen Arbeitskräften erfüllen könnten, und wird sie sicherstellen, daß wenigstens bei Aufträgen des Bundes darauf geachtet wird, daß sie in die Bundesfördergebiete vergeben werden, wenn sonst in den Ballungsgebieten die Einstellung weiterer ausländischer Arbeitskräfte notwendig wird?
3. Reichen die derzeitigen Maßnahmen der regionalen Wirtschaftsförderung angesichts des starken Geburtenüberschusses in diesen wirtschaftsschwachen Gebieten aus, um die zur Verhütung der Abwanderung und zur gleichmäßigen Vollbeschäftigung notwendige Expansion der Wirtschaft in den Bundesförderungsgebieten zu ermöglichen?

Bonn, den 7. Mai 1969

Varelmann
Erpenbeck
Franke (Osnabrück)
Dr. Huys
Dr. Ritz
Becker
Blöcker
Burgemeister
Dr. Conring

Enk
Friele
Dr. Hellige
Klein
Klinker
Kühn (Hildesheim)
Kuntscher
Dr. Lindenberg
Missbach

Dr. von Nordenskjöld
Ott
Rock
Dr. Siemer
Dr. Steinmetz
Storm
Tobaben
Zink